

APA486 5 II 0332 WI

27.Aug 04

## KONVENT VERFASSUNG BUDGET FINANZEN

**■**: Verfassung durchforstet - Diskussion um Nulldefizit

Utl.: Hunderte überflüssige Verfassungsbestimmungen sollen entfallen - SPÖ gegen

Verfassungsbestimmung für Nulldefizit über Konjunkturzyklus =

Wien (APA) - Der **■** ist am Freitag mit seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause in die Herbstarbeit gestartet. Diskutiert wurden Berichte der Ausschüsse zu "Legistischen Strukturfragen" und zur Reform der Finanzverfassung. Ersterer schlägt eine Neustrukturierung der Verfassung vor. Zahlreiche überflüssige Verfassungsbestimmungen in Staatsverträgen und einfachen Gesetzen sollen gestrichen, der Rest zusammengefasst werden. Konvents-Vorsitzender Franz Fiedler sprach – laut Parlamentskorrespondenz - von einem "echten Durchbruch".

Als Kern der neuen Verfassung schlägt der von VfGH-Präsident Karl Korinek geleitete Konvents-Ausschuss die Verfassungsurkunde vor. Daneben sollen einige wenige Verfassungstrabanten und ein Verfassungsbegleitgesetz bestehen. Von 1.170 Verfassungsbestimmungen in Staatsverträgen und einfachen Gesetzen sollen 920 entfallen, der Rest in die Verfassung integriert werden. Ein "relatives Inkorporationsgebot" soll dafür sorgen, dass keine Verfassungsbestimmungen außerhalb von Urkunde und Trabanten bestehen.

Universitätsassistent Klaus Poier sieht den Ausschussbericht als gute Grundlage für eine formale Verfassungsvereinbarung. Allerdings befürchtet er, dass das Verfassungsbegleitgesetz zu einem "Müllkübel" für weiterhin als notwendig erachtete Verfassungsbestimmungen werden könnte. Außerdem warnt er davor, zu viele neue "Trabanten" zur eigentlichen Verfassungsurkunde zuzulassen. Als Trabanten geplant sind unter anderem das NS-Verbotsgesetz und das Adelsaufhebungsgesetz.

Nationalratspräsident Andreas Khol (V) verwies darauf, dass es künftig auch die Möglichkeit geben soll, Gesetze mit Zweidrittelmehrheit zu beschließen und damit gegen spätere Änderungen durch einfache Parlamentsmehrheit zu sichern, ohne sie damit gleich in den Verfassungsrang zu heben.

Ebenfalls diskutiert wurde am Freitag der Ausschussbericht zur Reform der Finanzverfassung. Für den stellvertretenden Ausschuss-Vorsitzenden Bernd Vögerle wurde dabei zwar noch kein Konsens, aber eine "konsensfähige Sondierung der Standpunkte" erzielt. Finanzstaatssekretär Alfred Finz (V) forderte die Aufnahme eines Staatsziels für einen ausgeglichenen Haushalt in die Verfassung.

Abgelehnt wird die Festschreibung eines Nulldefizits über einen Konjunkturzyklus hinweg von der Wiener Frauenstadträtin Sonja Wehsely. Ihrer Meinung nach sprechen sowohl ökonomische als auch

juristische Gründe massiv dagegen. Kein Ökonom sei in der Lage zu sagen, wann ein Konjunkturzyklus beginne und wann er ende. Damit müsste der VfGH ex post darüber entscheiden, ob ein Gesetz verfassungswidrig ist, weil man draufgekommen ist, dass der Konjunkturzyklus schon zu Ende ist, warnt Wehsely.

(Schluss) has/si

APA486 2004-08-27/15:03

271503 Aug 04